

Grußwort für die Aktionswoche zum Internationalen Tag der Menschenrechte

Von Friedrich Kramer

Friedensbeauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland
und Landesbischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland

Mit dem Beginn des völkerrechtswidrigen Überfalls Russland auf die Ukraine ist in Deutschland ein Thema wieder in den Blickpunkt geraten, das in der öffentlichen Diskussion in Deutschland lange keine große Rolle gespielt hat: die Kriegsdienstverweigerung und der Umgang mit Deserteuren.

Wir Christinnen und Christen bekennen: Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein. So hat es bereits die erste Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1948 betont. Und dennoch gibt es zu viele Kriege und militärische Konflikte, die unzählige Menschenleben fordern, unter Soldatinnen und Soldaten wie in der Zivilbevölkerung. Die Kriege bringen unermessliches Leid.

Und immer wieder gibt es Menschen, die nicht bereit sind, die Waffe in die Hand zu nehmen, um Krieg zu führen und Menschen zu töten. Die diesen Dienst mit der Waffe verweigern oder desertieren und in anderen Ländern Schutz suchen. Wir erleben dies gerade jetzt bei vielen jungen Menschen aus Russland, aus Belarus und der Ukraine. Sie sind wegen ihrer Gewissenshaltung Verfolgungen ausgesetzt, viele werden auch mit Gefängnis und Tod bedroht.

Kriegsdienstverweigerung ist aber ein Menschenrecht. Wer den Dienst mit der Waffe aus Gewissensgründen ablehnt, wer deshalb flüchtet, und wem dafür Verfolgung droht, der braucht Hilfe, Schutz und Asyl.

Darum bin ich dankbar für die Arbeit von #objectwarcampaign, für dieses Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen, das sich solidarisch erklärt mit allen Menschen, die sich gegen Krieg einsetzen und die Menschen unterstützen, die sich dem Kriegsdienst entziehen und bei uns Schutz suchen.

Es ist zu hoffen, dass diese Arbeit und auch die Veranstaltungen in dieser Aktionswoche auf Gehör stoßen, bei den Verantwortlichen in der Politik, in unserem Land, in der Europäischen Union, ja weltweit. Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit, darum stehen wir an der Seite der Menschen, die durch ihre Kriegsdienstverweigerung mit dazu beitragen und dafür einstehen, dass Kriege nicht als Mittel der Politik geführt werden können.

03.12.2023